

Golddemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Anstellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einblendung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Dienstag, 17. Oktober 1922.

Nr. 244.

Die Zerstörer des Parlamentarismus.

Was hierzulande Parlamentarismus und Demokratie genannt wird, ist längst nur ein armseliger Schatten dessen, was man in anderen, wirklich parlamentarisch regierten Ländern unter diesen Begriffen versteht. Das soll nach den neuesten Plänen der jetzigen Regierungsmehrheit in Einkunft nicht besser, sondern ins Trostlose verschlechtert werden. Durch die Wiedererweckung und durch die Erweiterung der Machtbefugnisse des Beschlussfassungsgremiums der Regierungsparteien, in dem bisher fünf Personen die Fäden lenken, ein Geschäft, das nun noch gründlicher von zwanzig oder fünfundschwanzig Personen besorgt werden soll, wird der Abbau der demokratischen Grundlagen des Parlamentarismus in solcher Weise durchgeführt, daß nur noch die Frage offen bleibt, wozu, da es eine Gesamtheit des Willens der Volksvertretung nicht mehr geben kann, man den kostspieligen Apparat des Parlamentes überhaupt noch erhält. Dürfte man den Parteien der Koalition eine gewisse Schamhaftigkeit nachsagen, so könnte man annehmen, ihr Regierungsabsolutismus benötige das Parlament als Feigenblatt, aber von solchen Regungen sind sie, die den Absolutismus der Rotta zwei Jahre lang gefördert haben, und die nun darauf aus sind, ihn noch zu verstärken, restlos frei. Die Verfertigung der Gesetze käme wirklich billiger, wenn sie direkt und ohne Umschweife jener Anzahl von Auserwählten überlassen bliebe, deren Wille ausschlaggebend ist und deren Wirken längst schon das Parlament bloß als ein Piktur an der Fassade des Staates erscheinen läßt.

Daß eine Mehrheit Recht und Pflicht hat, zu regieren, das anzuerkennen, bedarf keiner besonderen Beteuerung. Ebenso überflüssig wäre es, zu bekräftigen, daß jede Regierung sich vor der Verhandlung der Vorlagen, die ins Haus gelangen, einer Mehrheit zu vergewissern hat. Das sind Selbstverständlichkeiten, die natürlich nicht das leiseste Bedenken erwecken können. Doch die hier seit dem Bestand der ehrenwerten Rotta geübten Methoden sind von ganz anderer Art. Soll ein Parlament seiner demokratischen Sendung entsprechen, dann muß es als ein Ganzes angesehen werden, seine Beschlüsse dürfen nicht nur den Willen der Mehrheit ausdrücken, sie müssen auch in ernstlichen Verhandlungen mit den Parteien der Minderheit errungen werden. Das setzt natürlich wirklich demokratisches Empfinden bei den Mehrheitsparteien voraus, eine Rücksichtnahme auch auf die Minderheitsparteien, und vor allem eine Anerkennung des Wertes der Opposition. Das alles sind Dinge, die den darauf los regierenden Parteien der Rotta vollständig fremd sind. Die Opposition sehen sie als ebenso überflüssig wie lästig an, das Parlament ist ihnen nicht die Stätte des Ringens der Geister und Meinungen, sondern die nun einmal notwendige Maschine zur Erzeugung jener Gesetze, über welche der Künstmännerrat ohne Anhörung einer anderen Meinung sich geeinigt hat. Eine unfsinnig drakonische Geschäftsordnung sorgt dafür, daß sich die Opposition gegen die tägliche Schändung der Demokratie nicht auflehne, die Mehrheitsparteien dagegen sind durch die Rotta an die Kette gelegt, die für sie alle denkt und endgültig beschließt. An den ihr unterbreiteten Vorlagen dürfen meist auch sie nicht ein Zupfeln ändern, sie müssen vielmehr unbedenken schlußend, was ihnen die fünf Auserwählten eingeben. Auch die Mitglieder der Mehrheitsparteien müssen sich damit begnügen, Parlament zu spielen, dürfen im Laufe des Geschehens sich zu keinem höheren Ehrgeiz versteigen, als zu dem, für die fünf die niedrigen Bagoden abzugeben. Nach der äußerlichen Aufmachung geht es im Parlament der Tschechoslowakischen Republik wohl so zu, wie in jedem anderen Parlament. Es werden Anträge und Interpellationen eingebracht, Ausschüsse beraten, mit Vorlagen wird eine Menge Papier bedruckt, ein würdig aussehender Präsident schwingt die Glocke, erteilt den eingeleiteten Rednern das Wort, das eine Schar von Stenographen zum dauernden Ge-

Der österreichische Parteitag.

Der Parteitag wurde, wie wir schon kurz berichteten, von Slavet eröffnet. In Vorsitzenden wurden Seip, Tomšič, Schneidmahl und Mutschak gewählt. Seip wies in seiner einleitenden Ansprache auf Seipels verbrecherisches Beginnen hin, der, ein moderner Herodotus, Oesterreich den traurigen Ruhm verschafft habe, als Zerlegungsmoment von aller Welt gefürchtet zu werden. Die Folgen dieses Verrates Oesterreichs an das Ausland, der vor allem die christlichsoziale Parteiherrschaft sichern will, sind Anspannung der dem Lande angelegten Scharfseilen, Freiheitsraub, Ausschaltung der Demokratie im Innern. Die Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen wollen sich aber das Recht nicht entwinden lassen, im Rahmen der Demokratie die ihnen gebührende Macht im Staate zu üben. Der Parteitag soll entscheiden, ob durch einen entsprechenden Finanzplan die notwendigen Goldmengen im Inlande aufzutreiben sind, mit welchen Mitteln der Kampf gegen Seipels Pläne zu führen ist, und er appelliert an die Solidarität des internationalen Proletariates, das seine Vertreter nach Wien gesendet oder in schriftlichen Rundgebungen seine Teilnahme für Oesterreichs Arbeiterklasse ausgedrückt hat. Nach Konfirmierung der Mandatsprüfungs- und der Wahlkommissionen erbat Genosse Otto Bauer das Referat über die politische und wirtschaftliche Lage.

Die Rede Dr. Bauers.

Es ist nicht meine Aufgabe, etwa in einer leidenschaftlichen Rede die Politik zu kritisieren, die Oesterreich in die Lage gebracht hat, in der es heute ist, wir haben vielmehr zu erwägen, mit welchen Mitteln wir die Gefahren, die uns drohen, abzuwehren vermögen. In der Denkschrift des Völkerbundes wird auseinandergesetzt, daß wir bei den ungeheuersten Anstrengungen das Defizit im Haushalt nicht los werden können. Mit dem Tage der Wirklichkeit des Genfer Abkommens wird es keinen Banknotendruck mehr geben, der Staat muß also, um das Kunststück zusammenzubringen, mehr ausgeben, als er einnehmen kann, dies dadurch bewerkstelligen, daß er von jenem berühmten Kredit von 500 Millionen Goldkronen, die ihm der Völkerbund verschaffen wird, zehren soll. Ein vom Völkerbund eingesetzter Generalkommissar wird das Recht haben, jeden Monat Bedingungen zu stellen mit der bloßen Erklärung: Wenn Ihr nicht pariert, kriegt Ihr die Kreditrate in diesem Monat nicht ausgefolgt. Das bedeutet, daß wir an dem Tage,

denhin für das Protokoll einzufangen bestrebt ist, der Präsident läßt auch sogar ganz ernsthaft abstimmen, aber all dies ist nur Aufputz, leeres Geklapper der Parlamentismühle, denn in Wahrheit haben weder Abgeordnetenhaus noch Senat einen bestimmenden Einfluß, da alles, ehe es zur formellen Behandlung gelangt, vom Fünferausschuß zurechtgefertigt und fertiggegeben wurde.

Dieses, den Parlamentarismus schändende System wurde auch von vielen Mitgliedern der Regierungsparteien als unwürdig und verderblich erkannt und durch ihre Reihen ging daher ein Aufatmen, als die Rotta in die Regierung eintrat, so daß sie glaubten, hoffen zu dürfen, es werde nun besser werden. Aber den Herren Drahtziehern fällt es nicht ein, ihre absolutistischen Neigungen zurückzubämmern, im Gegenteil, sie wollen das System noch straffer gestalten und den letzten Schein des Parlamentarismus austilgen. Der Wirkungskreis der Körperschaft, die das Erbe des Fünferausschusses antreten soll, wird dadurch erweitert, daß in das Gebiet ihrer Regie nicht nur die bisherigen Funktionen des Fünferrates fallen sollen, in ihr sollen auch Vertreter der Exekutiven der Parteien sitzen, wodurch der neue Ausschuss auch auf diese Parteien und die zugehörige Presse, Einfluß zu nehmen gedenkt. Manchmal zeigten einzelne Mütter der Koalitionsparteien sichütern ihre Bedenken gegenüber den beobachteten parlamentarischen Methoden und auch innerhalb der Leitungen der einzelnen Parteien wagte sich wohl Widerspruch darüber hervor. Es geht dies zweifellos daraus hervor, daß man nun auch diese Parteileitungen dem neuzubildenden parlamentarischen Ausschuss der Regierungsparteien zuziehen will; sie sollen für die Rottapolitik mitverantwort-

lich und damit mundtot gemacht werden. Das bedeutet eine weitere Verstärkung des bisherigen Systems, die umso ärger erscheint, als danach Nichtparlamentarier auf die Gesetzgebung und Verwaltung einen weit größeren Einfluß besitzen werden, als die gewählten Vertreter des Volkes, soweit sie nicht selber Mitglieder der alles lenkenden und leitenden Gruppe der Allertinstinsten sind. Man sollte meinen, daß das auch von den Angehörigen der Koalitionsparteien als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden müßte, denn daß die Mehrheit der Abgeordneten und Senatoren zu Statisten gemacht und ein paar beliebige nichtgewählte Personen zur Leitung der parlamentarischen Angelegenheiten mitberufen werden sollen, ist so ungeheuerlich, daß es nirgends in der Welt noch möglich wäre. Aber der Sinn für Demokratie und Ehre ist bei uns derart abgestumpft, daß die Mitglieder der Mehrheitsparteien wohl auch diesen neuen Anschlag auf die Rechte des Parlamentes ruhig hinnehmen werden.

Den Regierenden ist es durch ihre Methoden gelungen, das Ansehen des Parlamentes auf das ärgste zu untergraben und seine Grundlagen zu zerstören. Um eine unnatürliche Bindung, die allnationale Koalition, künstlich am Leben zu erhalten, haben sie die Gebote der Demokratie mißachtet, das Parlament zum Geißpott gemacht. Daß sie die Parlamentsmaschine künstlich in Gang erhalten, anstatt seine Hemmnisse, die in den inneren Verhältnissen des Staates liegen, zu beseitigen, glauben sie genug getan zu haben, um sich selbst die Bezeichnung der „Statthalter“ verleihen zu dürfen. Dabei merken sie nicht, oder wollen es nicht merken, daß sie durch die Unterwühlung der demokratischen Grundlagen des Parlamentes auch den Staat selber schädigen.

wo dieses Uebereinkommen in Kraft tritt, aufhören ein freies Volk zu sein. Durch den Genfer Vertrag wird eine neue Fremdherrschaft begründet. Die bürgerliche Regierung erhofft damit, daß sie sich nunmehr gegen die Arbeiterklasse alles wird erlauben dürfen. Das Parlament wird für zwei Jahre ausgeschaltet. Die Bourgeoisregierung gedenkt durch den Generalkommissar, der Kontrolle des Parlamentes entledigt, einer durch die Krise geschwächten Arbeiterklasse gegenüber ein Stück von revolutionären Erregungenschaften dieses Landes nach dem anderen zu jacobinieren, zu unterwühlen und schließlich zu vernichten. Die schrankenlose Klassenherrschaft der Bourgeoisie, das ist der eigentliche Sinn von Genf. Das Bürgerturn vertritt zu diesem Zwecke die nationale Freiheit dieses Volkes und die Unabhängigkeit dieses Landes.

Was haben wir dagegen zu tun? Können wir das Geplante mit Gewalt niederwerfen, können wir die Gefahren, die uns drohen, abwenden? Bringen wir die Genfer Aktion zu Falle, so müssen wir damit rechnen, daß die größte Gefahr eines neuen Sturzes der Krone, einer neuen furchtbaren Welle der Geldentwertung und damit der Teuerung entsteht, die Gefahr, daß das zum völligen Zusammenbruch unserer Einkehr, unserer Versorgung, zur Hungersnot führt. Mit der Verwirklichung der Kredite allein wäre gar nichts getan, als Selbstmord. Wenn wir heute die Vereinbarung von Genf verwerfen und gezwungen sind, dann harte Maßregeln durchzuführen, Steuern zu erhöhen, Zölle und Monopolpreise zu erhöhen, Angelegenheiten anzubauen: stellen Sie sich die Demagogie, die Sabotage vor, mit der wir zu rechnen hätten, die Sabotage der ganzen Bourgeoisie, die auf den Genfer Pakt eingeschworen ist und die alle Mittel anwenden würde, um jeden anderen Weg zu verschließen!

In dieser Stunde ist es vor allem notwendig, die eingeschläferten moralischen Kräfte dieses Landes zu wecken, die Kräfte des Widerstandes gegen die Herrschaft, die man uns auferlegen will, lebendig zu machen. Wir müssen die parlamentarische Tribüne ausnützen, viel wichtiger aber ist der Ruf: Hin aus zu den Massen selbst! Wir müssen vor den Massen die Lüge abtun, daß das Land in einer wirtschaftlichen Zwangslage sei; wir müssen ihnen beweisen, daß wir uns aus eigener Kraft retten können, wenn nur diese notwendigen Kräfte dazu gebildet werden können. Wir müssen den Verrat der bürgerlichen Par-

teien, wir müssen alle Gefahren der Fremdherrschaft und den ganzen Wert und die Würde eines freien Volkes und einer unabhängigen Republik den Massen klar machen. Werden wir die moralischen Energien im Volke, die sich gegen die Fremdherrschaft auflehnen, so wird das die Schranken zeigen, nicht nur den Herrschenden hier im Lande, sondern vor allem auch den Herren im Auslande, die uns ihre Pläne diktieren wollen. Wir schlagen ihnen vor, wegen der besonderen Wichtigkeit der Sache, einen eigenen Parteirat aus ihrer Mitte zu wählen und den Parteivorstand zu beauftragen, vor jeder taktischen Entscheidung von großer Bedeutung diesen Parteirat einzuberufen. Seien wir uns dessen bewußt, daß der Kampf, den wir beginnen, seinem Wesen nach im guten Sinne des Wortes ein nationaler Kampf ist. Die Verteidigung der Freiheit, der Ehre und der Würde der Nation in diesem Lande ist ausschließlich zur Sache der Arbeiterklasse geworden. Wir wissen uns in diesem Kampfe eins mit den Proletariatsmassen, der Tschechoslowakei und Frankreichs und mit ihnen wollen wir gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind den Kampf führen. Es soll dieser Parteitag zunächst ein Signal zu einer großen Aufweckung der Massen sein. Wir wollen die Menschen, die in dieser Zeit der furchtbaren Not nur an das bisherige Brot denken konnten, aufwecken, an die Freiheit zu denken; denn die Freiheit ist auch Brot für die Zukunft! (Lebhafte, langanhaltende Beifall.)

Zum Schlusse seines Referates unterbreitet Genosse Bauer eine Resolution, welche sich für die schärfste parlamentarische Opposition und für Massenaktionen gegen die Genfer Konvention ausspricht, und die Wahl eines Parteirates vorschlägt, der dem Parteivorstand bei den vielleicht notwendigen einschneidenden Beschlüssen zur Seite stehen soll. Der Kampf um die nationale Freiheit und das nationale Selbstbestimmungsrecht, den die österreichische Sozialdemokratie plant, kann und darf nur mit Hilfe des internationalen Proletariates geführt werden. Deshalb beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, sich unverzüglich mit den internationalen Organisationen des Proletariates und mit den Arbeiterparteien Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei ins Einvernehmen zu setzen, sie über die der Arbeiterklasse Oesterreichs drohenden Gefahren zu unterrichten und ihre Hilfe anzusuchen. „Wir sind überzeugt“, schließt die Resolution, „daß unsere Massengenossen in den Siegerländern ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen werden, daß die Kreditrate an Oesterreich nicht zur Unterwerfung unserer Republik unter die Herrschaft ihrer Bourgeoisien, nicht zur Unterstützung der konterrevolutionären Geißte unserer heimischen Bourgeoisie durch die wirtschaftliche Macht ihrer Staaten mißbraucht werde.“

In der Nachmittagsitzung wurde die Debatte über das Bauersche Referat abgefaßrt, an der 25 Delegierte teilnahmen. Von den gehaltenen Reden heben wir hervor:

Preußler (Salzburg): In den Bedingungen der Genfer Vereinbarung kann das Proletariat unter keinen Umständen ja sagen. So weit uns die Stimmung unter den Massen draußen bekannt ist, können wir den in der Resolution vorgeschlagenen Weg gehen und deshalb werden die Salzburger Delegierten für diese Resolution stimmen.

Dr. Renner (Wien): Die Genfer Vereinbarungen bedeuten vor allem den Verzicht Oesterreichs auf jede Anschlusspolitik. Seipel ist im Namen Oesterreichs bitten gegangen, das sich aus freiem Entschlus dem Verbot des Anschlusses unterwirft. Gibt es in diesem Lande noch eine deutschnationale Intelligenz, gibt es in diesem Lande noch deutschnationale Bürgerschaften? Oder werden sich vielleicht unsere jungen Akademiker einreichen lassen in die Sodastäten der christlichen Heiligen? Ich halte dafür, daß parlamentarisch trotz unserer heftigsten und leidenschaftlichsten Kämpfe die drei Protokolle nicht zu verhindern sein werden. Die Sabotage des Bürgerturns würde das Werk der Selbsthilfe vereiteln. Wir aber haben die Aufgabe, jeden parlamentarischen Erfolg unumwandelbar in einen Sieg im Volke selbst. Es muß in dieser Stunde das erste Ziel sein: Dieser Regierung, die uns nach Genf geführt hat, der unbedingte ausnahmslose Kampf. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Ludo Hartmann (Wien): In den Protokollen lehrt immer wieder der Schrei nach Autorität, den Seipel selbst ausgestoßen hat. Er hat sich so neulich noch im Parlament nicht gescheut, daran zu erinnern, daß er selbst einmal für eine Diktatur in finanziellen Dingen einge-

Ebert Reichspräsident bis 1926?

Berwandlung des Provisoriums in ein Definitivum.

treten ist. Der große Wunsch, den wir haben, und das, was vom österreichischen Proletariat erwartet werden muß, ist deshalb, daß es die Voraussetzungen, daß es die Weisheit besitzt, zu kämpfen, daß es weiß, daß es sich nicht um ein halbes Jahr, sondern um das ganze Leben, um die ganze Zukunft handelt. (Beifall.)

Es sprachen noch unter anderem Dr. Max Adler, Wien, Dr. Ellenbogen, Wien, Adelheid Popp und Zein, worauf nach dem Schlußwort Dr. Bauers die Abstimmung über die von Bauer beantragte Resolution erfolgte. Sie wurde einstimmig angenommen. Auch der von Bauer eingebrachte Antrag auf Einsetzung des Parteiratens fand einstimmige Annahme. Die Abstimmung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Demonstration. Die Delegierten und die Besucher auf der Galerie erhoben sich von ihren Sitzen und den Saal durchbrannten langanhaltende lebhafteste Hochrufe auf die Unabhängigkeit der Republik.

Der zweite Tag.

Wien, 16. Oktober. (A.P.) Am zweiten Sitzungstage des sozialdemokratischen Parteitages kamen die Vertreter der auswärtigen Sozialdemokraten zu Wort. Als erster Redner sprach Abgeordneter Czoch (Tschechoslowakei) über die ungünstigen sozialen Verhältnisse in der Tschechoslowakei, wo infolge der Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Verelendung unter den arbeitenden Menschen steigen. Das alte reaktionäre Oesterreich wurde zu Grabe getragen, ein zweites Oesterreich gleicher Marke ist aber auf tschechischem Boden wiedererstand. Diefelben Konterrevolutionären Mächte, die in Oesterreich am Werke seien, um das Proletariat der Erzeugnisse der Revolution zu berauben, lauern auch in der Tschechoslowakei im Hinterhalte, um im entscheidenden Augenblick gegen die Proletariat loszugehen. Der schwere Notstand des österreichischen Proletariats wird das Band, welches uns mit ihnen verbindet, noch fester knüpfen. Wir fühlen uns eins mit ihnen.

Namens der vereinigten Sozialdemokraten Deutschlands erklärte Abgeordneter Crispian, daß es in Deutschland wie in Oesterreich um den Schutz der Republik gehe. Das deutsche Proletariat sei entschlossen, Gut und Blut für die Republik zu opfern. Redner sei überzeugt, daß die Massenaktion, die jetzt in Oesterreich entfacht werde, ihren Einfluß auf die Reaktion nicht verfehlen werde. Die Reaktion in Oesterreich bedrohe nicht nur das österreichische, sondern auch das deutsche Proletariat. Die Brücke der Reaktion bildet Bayern. Es wird noch härtere Kämpfe bedürfen, um die Reaktion endlich dauernd niederzuschlagen. Aber wir können, schloß Crispian, beruhigt von der Zukunft erwarten, daß aus Deutschland und Oesterreich ein Land wird durch die Macht des Proletariats.

Der Vertreter der Labourpartei, Abgeordneter Spoor, gab einen Überblick über die britische Arbeiterbewegung. Die Zahl der Arbeitslosen sei auf zwei Millionen gestiegen. Die Arbeiterpartei Englands sei nicht blind für die traurige Lage des Proletariats in Mitteleuropa und namentlich in Oesterreich. Redner versprach, nach seiner Rückkunft der britischen Arbeiterpartei die Wünsche und Hoffnungen des österreichischen Proletariats zu übermitteln, und sprach die Überzeugung aus, daß die britische Arbeiterpartei das Neueste tun werde, um durch einen Druck auf die Regierung dafür zu sorgen, daß das österreichische Problem eine gerechte Lösung finde.

Die Ausführungen der drei Redner wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Nach Entgegennahme des Berichtes der Parteivertretung und Wahl des Parteirates, der vor jeder Entscheidung von größerer Bedeutung vom Parteivorstande einzuberufen ist, wurde die Sitzung geschlossen.

Berlin, 16. Oktober. (Sch. P. B.) Die Führer der Koalitionsparteien erschienen heute beim Reichskanzler. Der Führer der Volkspartei, Borchmann, gab eine Erklärung ab, laut welcher es aus inner- und außenpolitischen Gründen gegenwärtig nicht angezeigt scheint, eine Wahlbewegung zu entfachen. Der Vertreter der Sozialdemokraten blieb dabei, daß eine Verspätung der Wahl des Reichspräsidenten auf keinen Fall in Betracht kommen könne. Er erklärte ferner, nur ein verfassungsänderndes Gesetz, das die provisorische Stellung des derzeitigen Reichspräsidenten in ein verfassungsmäßiges Definitivum verwandle, könne da die Entscheidung ändern. Er

spreche aber nur für seine Person und nicht für die Fraktion. Der Reichskanzler stellte fest, daß die Aussprache eine neue Situation geschaffen habe, da durch die Erklärung des Sozialdemokraten der Vorschlag der Volkspartei, den Wahltermin einfach hinauszuschieben, hin-fällig geworden sei. Hierauf erklärten die Parteivertreter, sie müßten über das vorgeschlagene verfassungsändernde Gesetz mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß auf Grund des sozialdemokratischen Vorschlages der gegenwärtige Reichspräsident Ebert, der seit 1919 im Amte ist, bis 1926 für gewählt erklärt werden wird.

Der bevorstehende Wahlkampf in England.

Die Aussichten der Parteien.

Berlin, 16. Oktober. Im heutigen „Vorwärts“ schildert Genosse A. Breitscheid, der kürzlich in England weilte, die Eindrücke, die er dort von der innerpolitischen Krise erhalten hat. Es sei noch unübersehbar, wie die jetzt bevorstehenden Neuwahlen ausfallen würden. Die Konservativen hoffen, die stärkste Fraktion zu werden, aber die absolute Mehrheit über 317 scheint ihnen selbst unerreicht. Die Aussichten der Liberalen seien etwa 50 Mandate, die Arbeiterpartei, die heute über 70 Mandate verfügt, werde sehr gut abschneiden. Die Schätzung schwankte zwischen 150 und 217. Es könne sogar dahin kommen, daß sie bei der tiefgehenden Enttäuschung, die auch die nicht politisierenden Schichten beherrscht, die Konservativen überflügeln. Theoretisch denkbar wäre sowohl eine rein konservativ, wie eine reine Arbeiterregierung, aber die eine wie die andere würde auf schwachen Füßen

stehen, insbesondere die Arbeiterregierung würde aus verschiedenen Gründen mit den denkbar größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Bei dieser Lage der Dinge sei die Bildung einer neuen Koalition wahrscheinlich. Die Arbeiterpartei lehnt allerdings eine eigentliche Koalition ab, sie wird höchstens bereit sein, wenn sie stark genug sei, einen Sitz im Kabinette zuverlässigen Bürgerlichen zu überlassen. Man könne daher annehmen, daß die politische Krise in England mit den bevorstehenden Wahlen nicht abgeschlossen sein wird. Zweifelloser würde in ihrem Verlaufe der Moment eintreten, in dem die Arbeiterpartei einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung des Landes ausüben zu beginnen werde. Dies dürfte das Gesicht Englands ändern, und auf die Gestaltung der europäischen Verhältnisse eine große Wirkung ausüben.

Die Lehren des Leipziger Prozesses.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Das eine ist sicher: hätten Angehörige der arbeitenden Klasse sich vor einem bürgerlichen Gericht wegen ähnlicher Taten zu verantworten gehabt, wie diese Tschow und Talleffen, sie würden nicht so müde Richter gefunden haben. Man hätte ihnen sicher auch nicht gestattet, die Spuren ihrer Tätigkeit so zu verwischen, daß die wahren Mörder im Dunkeln bleiben konnten. Es ist ja auch nicht die Milderung des Urteilspruchs, sondern die fast unbegrenzte Zurückhaltung des Gerichts, sobald es sich während der Verhandlungen um die Feststellung der wirklichen Verbrecher handelte, was in der Öffentlichkeit allgemeines Bestreben erregte. Der Staatsgerichtshof hat also bei der ersten Aufgabe, die ihm gestellt war, erst halbe Arbeit geleistet; er erkannte an, daß die Angeklagten nur Werkzeuge waren, daß der ältere Tschow nur Beihilfe geleistet habe und daß ihm die Mitverantwortung nicht nachgewiesen sei. Aber er hat es veräumt, die wahren Schuldigen zu ermitteln, die Hände zu zeigen, die diese Werkzeuge geführt haben.

Die Republik hat ihren ersten Prozeß geführt. Er hat zwar mit einem Urteil geendet, aber er ist noch nicht abgeschlossen. Die eigentlichen Verhandlungen sollen noch beginnen, die Maßnahmen gegen die monarchistisch-

nationalistische Reaktion, deren Kampfbücher vor dem Staatsgerichtshof standen, noch durchgeführt werden. Das Leipziger Gericht hat nicht das höchstmögliche Strafmaß verhängt, sondern besonders bei dem Hauptangeklagten Tschow eine Reihe mildernder Umstände gelten lassen. Immerhin darf man nicht verlernen, daß das Urteil, trotzdem das mildere Strafgesetzbuch und nicht das Schulgesetz herangezogen wurde, doch schon ganz anders lautete, als man es sonst von deutschen Gerichten in ähnlichen Fällen gewohnt war. Kommt es aber überhaupt darauf an, daß die Republik Nachsicht an ihren Gegnern und an deren Werkzeugen nimmt, als nicht vielmehr darauf, die Einrichtungen der Republik so umzugestalten und zu sichern, daß Prozesse von dieser Art nicht mehr geführt zu werden brauchen? Die beste Gesetgebung ist nichts wert, wenn dahinter nicht der entschlossene Wille steht, sie auch anzuwenden. Und die wichtigste Lehre des Leipziger Prozesses ist daher, daß mit der gründlichen Umgestaltung der Rechtspflege nicht nur, sondern auch der Verwaltung, des Schulwesens, der Erziehung und aller anderen öffentlichen Einrichtungen endlich Ernst gemacht werden muß. Zuviel ist darin bisher veräumt worden, nicht zuletzt von der Arbeiterschaft.

Wie schlecht muß allein eine Schule sein, die nicht instande ist, den Kindern die einfachsten politischen Anschauungen zu vermitteln! Dieser Tschow hat einen Mann wegen seiner politischen Handlungen ermorden helfen, von denen er nicht das Mindeste wußte. Er hat noch nicht einmal

nach der Tat sich einen Einblick in die politischen Schriften des Ermordeten zu verschaffen gesucht. Dann der Primaner Stubenrauch, der kaiserschänzig sein Gymnasium weiter besuchen kann, trotzdem er in der Sache gegen die Republik eine besondere Rolle spielt und sogar Wordinge entwerfen hilft. Ueberhaupt diese Angeklagten; sie haben fast sämtlich die Bänke höherer Schulen gedrückt, wenn man sie aber reden hört, wenn man sie handeln sieht, so erschrickt man immer wieder über ihre politische und moralische Unbildung, über die Rohheit ihres ganzen Benehmens. Gewiß ist der Antisemitismus und die deutschvölkische Bewegung nur in einem verkauften Volkstörper möglich, und jene Kreise der Bourgeoisie, denen die Tschow, Talleffen und Stubenrauch entstammen, können sich vielleicht in der heutigen Welt, in der eine neue soziale Ordnung im Werden ist, nicht zurechtfinden. Muß dann die Republik nicht erst recht dafür sorgen, daß die Sprößlinge dieser Schichten zu nützlichen Gliedern der menschlichen Gesellschaft herangezogen werden? Bisher ist aber noch nicht einmal die Gemeindeschule zu einer wirklichen Volksschule umgestaltet worden, die Gymnasien und die Universitäten sind nach wie vor die privilegierten Anstalten der besitzenden Klassen, auf ihnen wird auch heute noch jener Ungeist großgezogen, der in dem Verhalten der Leipziger Angeklagten so grauenvoll zum Ausdruck kam.

Und dann die Justiz. Der Staatsgerichtshof ist mit Männern besetzt, deren Treue zur Republik man nicht anzweifeln kann. Aber der beamtete Vorsitzende wie die von ihnen Parteien entsandten Beisitzer schienen ganz zu übersehen, daß sie nicht nur Recht zu sprechen, sondern die Lage und das politische Verbrechen bis in ihre letzten Schlußwinkel zu verfolgen haben. Der Staatsgerichtshof ist ein politisches Gericht, er ist das höchste Gericht der Republik, er soll die Republik, ihre Einrichtungen und ihre Träger vor den Angriffen ihrer Gegner schützen. Beißt das, daß der Staatsgerichtshof politische Tendenzurteile fällen soll, daß jeder Staatsbürger von vornherein verloren ist, der vor ihm als Angeklagter zu erscheinen hat? Nein, aber indem die politische Grundlage dieses Gerichts feststeht, darf es sich nicht damit begnügen, den einzelnen Angeklagten und seine einzelne Handlung zu beurteilen, es muß die Zusammenhänge aufdecken, die von dem Täter zu seiner Bewegung führen. Wenn es sich um alleinstehende Verbrechen handelte, so brauchte die Republik dieses besondere Gericht zu ihrem Schutze nicht einzurichten, die können von den ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden. Hier aber kommt es auf den Kampf gegen wohlorganisierte Bestrebungen an; nicht allein der Täter soll getroffen, die hinter ihm stehende antirepublikanische Organisation soll unschädlich gemacht werden. Der Vorsitzende hat gerade diesen Zweck des Staatsgerichtshofes verkannt. Er fühlte sich nur als „unabhängiger“ Richter, und so wies er einmal eine Frage unseres Genossen Jädel mit den Worten zurück: „Das ist ja ein politisches Inquisitorium.“

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß zwar die Möglichkeit eines Komplotts von organisierten Mörderbanden bestände, ein vollständiger Beweis dafür aber sei nicht erbracht worden. Die unpolitische Verhandlungsweise des Staatsgerichtshofes trägt die Schuld daran, daß es nicht zu dieser Beweisführung gekommen ist. So hat man, um nur einen Fall herauszugreifen, so gut wie ganz darauf verzichtet, sich die unheilvolle Tätigkeit des Talleffen genauer anzusehen. Wer aber logisch, nicht nur juristisch zu denken gewohnt ist, dem ist das Bestehen solcher geheimer Mörderorganisationen nicht mehr beweispflichtig. Sie treiben ihr Unwesen gar nicht einmal so geheimnisvoll, und in Bayern wird man gewiß vergnügt über die Ansicht des höchsten Gerichts

Der liberale Habsburger.

Kronprinz Rudolf: „Politische Briefe“.

(Wien, Nikola-Verlag.)

Selten hat ein Geschlecht, das sechshalb Jahrhunderte lang als erstes aus der Quellen der Kultur, des Wissens und der Kunst schöpfen durfte, so wenig bedeutende Menschen hervorgebracht wie das Haus der Habsburger. Als Sonderlinge und Finksterlinge schlichen sie durch die Welt, die große Melodie der Zeiten raufste kaum jemals an sie heran, habgierig-egoistischer Eifer für die Familie und die Kirche bestimmte ihr Denken und Handeln. Lassen wir die wehrwäuchernden Geschichtslegenden beiseite, die selbst einem Schwachsinnigen wie dem letzten Ferdinand „Güte“ nachzurufen wüßten, so bleibt von all den unjährligen Habsburgern des gewöhnlichsten Durchschnittes und des ausgesprochenen Untermittelstandes eine Handvoll adäquater Menschen übrig, etwa Maximilian I., Leopold I., Maria Theresia, Josef I. und II. und der Erzherzog Karl. Ihnen reichte sich nach der Meinung der Zeitgenossen der jungverstorbenen Kronprinz Rudolf, der Sohn Franz Josefs an, und wenn er auch von irgendwelcher Größe oder auch nur Bedeutbarkeit weit entfernt gewesen zu sein scheint, so erweist ihn doch eine Sammlung seiner Briefe, die soeben herausgegeben ist, als einen sympathischen, weit ehrlich ringenden Menschen.

Der Band vereinigt Briefe, die der ehemalige Kronprinz Rudolf von Oesterreich in den Jahren 1882 bis 1889 an den Wiener Journalisten Moritz Szeps, Herausgeber des „Neuen Wiener“ und dann des „Wiener Tagblattes“ geschrieben hat. Die Tatsache dieses Briefverkehrs schon ist merkwürdig; der Spruch des katholischen „Erzhauses“ und der jüden-

liberale Zeitungsmann in intimen brieflichen Beziehungen — das ist eine Erscheinung, die staunen macht und auf den Charakter des Kronprinzen ein bezeichnendes Licht wirft. In ihm muß der Wille gelebt haben, aus dem Gedankenkreis seiner Familie herauszuwachsen und die Welt seiner Zeit von Angesicht zu Angesicht kennen zu lernen, aber sein Urteil reichte nicht aus an Schärfe und Einsicht, um ihn zu den wirklichen Erkenntnisquellen zu führen. So wandte er sich, seltsamerweise angeregt von dem weitbildenden Gelehrten Karl Menger, dem liberalen Vordenker zu, dem Manne, der seine gewundene Feder in den Dienst einer Partei gestellt hatte, die gleichfalls nur durch schöne Phrasen zu blenden vermochte, der sogenannten „Deutsch-Freiwillichen“. Was diese Vorhelfen der achtziger Jahre an Redeschwall gegen die liberale Reaktion Taaffes vorbrachten, nahm der Kronprinz als aufrichtiges Bekenntnis zur Freiheit; er war zu kurzfristig und selbst allzubefangen in bürgerlichen Anschauungen, um den bourgeois-kapitalistischen Aufschwung zu durchschauen, dem die Menger und Konsorten die Mauer machten. Hier liegt die eigentliche Tragik in Rudolfs politischem Schicksal: daß er die Mauer durchbrechen wollte, welche die Familienüberlieferung um ihn zog, und daß er sich mit geschichtlicher Notwendigkeit zum Ersatz ein politisches Bekenntnis wählte, dem der Boden des Tatsächlichen soeben zu erschwindeln begann. Das Großbürgertum, das es mit der „Freiheit“, wie es sie meinte, so lange ernst genommen hatte, als es um diese Freiheit kämpfen mußte, war damals schon gesättigt; es hatte wohl nicht die ganze politische, oder umso unbedeutender die wirtschaftliche Macht in Händen und ging eben nach 1880 aus der einstigen Offensiv- in die Defensivstellung über. Ihm sagte die Zeit, wo es sich zum Kampf gegen das wachsende Proletariat rüstete und damit deutlich reaktionär werden mußte; Rudolf aber be-

rauschte sich gläubig an den Tiraden Meners im Kampf gegen die liberale Schulgegnerschaft. Er sah mit Aufsehens, wie die Liberalen, dem Wachsen des Sozialismus zu, als sei das nur ein merkwürdiges Tier, und schrieb über Schönerer und die eben erstehenden, noch anarchitisch schillernden Christlichsozialen aktuell so wie die „Neue Freie Presse“ oder das „Tagblatt“. Wo er ein Eigenes zu sein glaubte, blieb er befangen im urchigen liberalen Anschauungskreis, und geodet wird dieser sein Irrtum nur durch die wirklich anspruchsvolle Ehrlichkeit seiner Bestimmung. Von Hoffnungen umlauert, in jedem gesprochenen und geschriebenen Worte bespielt, mitten unter Verwandten, die wütend hielten, was er verehrte und als richtig ansah, brachte er wirklich Opfer und Mut auf, um mit dem journalistischen Freunde im Gedankenaustausch zu bleiben; er hielt zu ihm als zu seinegleichen und weist nicht in einem Laut und einem Gedanken jenen hoffärtigen Dünkel auf, in dem des alten Franz Josef Herz so furchtbar zu Eis erstarrt war. Der „Kronprinz“, dem alles schweißbedeckt huldigte, schien sich nicht zu gut, den Freund mit Nachrichten zu versehen, ihn politisch zu informieren, Artikel für ihn zu schreiben, ihm seine Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen anzuvertrauen. Wenn dahinter vielleicht auch bisweilen die Vielgeschäftigkeit einer vom Journalismus verdorbenen, den Journalismus maßlos überschätzenden Zeit steht, so berührt die Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit des Briefschreibers doch immer wohlthuend; er war ein Habsburger, wie es deren nicht zu viele gab. An Josef den Zweiten zu denken geben die Briefe keinen Anlaß, dafür sind sie zu unselbständig und geistig unbedeutend, aber das Wolle n Josefs wirkte wenigstens in Rudolf nach. Aber auch den Habsburger im schlechten Sinne verlegnet er nicht ganz. Er, der sich immer wieder als überzeugten Deutschen bezeichnet, sieht die po-

litische Manifestation des Deutschtums, das Deutsche Reich, mit unverschämtem Mißtrauen und Ubelwollen an. Es ist die unbewußte dynastische Eifersucht, die am Staate der Hohenzollern und Bismarcks kein gutes Haar läßt und bei vielen Gelegenheiten, wo das deutsche Reichschiff schlecht gelenkt erscheint, die Schadenfreude nicht unterdrücken kann. Aber Rudolf war andererseits soweit moderner Mensch, um zu erkennen, daß es im eigenen Staate sehr viel Faules und Verrottenes gebe. Manche Sätze, wo er Oesterreichs nahen Untergang ansagt, wo er die Kräfte an der Arbeit sieht, die das Habsburgerreich von innen auslöhlen, wirken erschütternd wie jede wahrgenommene Prophezeiung und werden das Bedauern, daß in den Jahren der werdenden Katastrophe nicht Rudolf, sondern der Konarier Franz Ferdinand dem alternden Franz Josef zur Seite stand. Nicht, daß er hätte verhindern können, was Entwidlung und wirtschaftliche Notwendigkeit über kurz oder lang hätten herbeiführen müssen; aber die Formen der Katastrophe hätten, wenn ein menschlich fühlender, um Einsicht bemühter Herrscher dem sterbenden Oesterreich vorgestanden wäre, keine so grauenigen zu sein brauchen, die Auflösung Oesterreichs hätte sich vielleicht ohne die Auflösung Europas vollzogen. Das ist die Stimmung, welche die Lektüre des Briefbuches erzeugt; große historische Vereinerung bringt sie nicht. Auf manches intime Detail des Geschichtsprozesses fällt vielleicht ein erhellender Strahl, sonst aber läßt es das Bild der inneren und äußeren Vorgänge im Oesterreich der achtziger Jahre ziemlich unverdrossen. — Die vielen Kürzungen, die der Herausgeber Julius Szeps entgegen der Behauptung des Vorwortes vorgenommen hat, empfindet der Leser als störend. K.

der Republik laßen, daß der Beweis für das Bestehen der Mordorganisationen noch nicht erbracht sei. Wagt man schließlich, daß sich ein harmloser Mann das Vergnügen machen wolle, einen der böllischen Bewegung unbehaglich gewordenen Angeklagten mit Arsenikonfekt beiseite zu räumen?

Sozialdemokratischer Grundgedanke war es von je, daß es nicht genüge, den Verbrecher zu bestrafen, sondern daß die Voraussetzungen für das Verbrechen beseitigt werden müßten. Wir sind Gegner der Abschreckungstheorie, wir verwerfen aus grundsätzlichen Motiven die Todesstrafe. Das alles mag auch die sozialistischen Beifitzer dazu bewegen haben, den Auffassungen des Verfassenden nicht allzu heftig und nicht allzu deutlich zu widersprechen. Wir wissen selbstverständlich nicht, wie sie bei der Bemessung des Strafmaßes gestimmt haben, ob sie nicht für ein milderes Urteil eingetreten sind, nachdem selbst Rathenau alte Mutter den Gedanken an Rache in ihrem von übermenschlicher Güte zeugenden Briefe an die Mutter der Tschowtsch berworfen hatte. Unsere Genossen haben in diesem Gericht nach bestem Wissen gehandelt, und uns steht es nicht an, an ihrer Uebergangstrenue zu zweifeln. Aber was dieses Gericht nicht geleistet hat, was es möglicherweise nicht leisten konnte, das bleibt uns anderen, das bleibt der Sozialdemokratie, das bleibt der ganzen Arbeiterklasse zu tun übrig: Durch unsere unermüdete Arbeit für die Republik dafür zu sorgen, daß ihre Grundlagen gefestigt, daß alle ihre Einrichtungen im Geiste der Demokratie verankert, daß die antirepublikanischen, monarchistischen Bestrebungen so weit zurückgedrängt werden, daß jeder Versuch der Wiederherstellung der alten, verrottenen Zustände selbst dem dümmsten Jungen als Wahnsinn erscheinen muß.

Inland.

Verbürgung der Agrarier oder: der erste Erfolg Sachlas. Bekanntlich hat Präsident Masaryk am 21. Juli d. J. von Capri aus einen Amnestiertrag für alle diejenigen herausgegeben, welche rechtmäßig wegen jener Uebertritte und Vergehen abgeurteilt waren, die sie sich infolge der Verheimlichung und des unerlaubten Verkaufes von Getreide und Hülsenfrüchten der Ernte des Jahres 1920 oder früherer Datums und infolge bewußter Fälschung gegen die Abgabepflicht dieser notwendigen Tagesbedarfsartikel zuschulden haben kommen lassen. Es wurden ihnen gleichzeitig die Bedingungen gestellt, daß sie entweder innerhalb einer bestimmten Frist die nicht geleisteten Abgaben verwirklichen, oder für jeden Meterzentner Getreides (den sie unter der Hand bis um 600 Kronen verkauft haben) 100 Kronen bezahlen sollten. Nun berichtet das gestrige Abendblatt des „Rube Pravo“, daß die Amnestierten selbst diese vom Präsidenten gestellten Bedingungen sabotiert haben. Da müßte man selbstverständlich annehmen, daß gegen diese Gruppe von doppelt sabotierenden Agrariern mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen wurde. Aber weit gefehlt! Anstatt dessen ist eine neue Entscheidung erlassen, auf Grund deren die Amnestie und Abolition, welche laut Beschluß vom 21. Juli d. J. veröffentlicht wurde, auch für diejenigen gilt, welche ihre Bedingungen bis zum Ende dieses Jahres erfüllen. So sieht einer der ersten Erfolge der neuen agrarischen Regierung aus, die das „Svoj k soenu“ Prinzip, das heißt in diesem Falle: „Agrarier für den Agrarier“ getreu verwirklicht.

Eine neue liberale Partei? Der „Tlvobennik“ berichtet, daß es unter der Regide des Sillsiners Dr. Kuzicka und der Transilvaner Priesterseelschaft wahrscheinlich zur Organisation einer neuen liberalen Partei kommen wird. Nahe der Wiege dieser Partei steht angeblich auch eine bekannte mauritische Bank, für welche der Abgeordnete Juriga Aktien einer slowakischen Bank gekauft und gesammelt hat und welche diese slowakische Bank mit Hilfe der slowakischen Liberalen Juriga und Tomanel „verschafft“ haben soll. — Man kann sich auf dieses Brautgespenst einer Neugeburt freuen, das gleichermassen unter der Ägide von Jesuitismus und Kapitalismus ins Leben gerufen wird.

Ein „Wilder“ im Parlament. Das Wahlgericht hat, wie die tschechischen Blätter berichten, in seiner Sitzung vom 14. d. M. beschlossen, die Verifikationskommission betreffend die Wahl des Abgeordneten Slavacek, der anstelle des ermordeten nationalsozialistischen Abgeordneten Bdenicka treten soll, solange zu verschieben, bis über die vom Klub der nationalsozialistischen Abgeordneten überreichte Klage, betreffend die Enthebung des Abgeordneten Slavacek vom Mandate entschieden sein wird. Abgeordneter Slavacek, welcher nämlich beabsichtigt, zu den tschechischen Sozialdemokraten überzugehen, will bis zur Erledigung der Angelegenheit im Parlament „wild“ bleiben.

Aus dem Abgeordnetenhause. Das Präsidium des Abgeordnetenhause tritt Mittwoch, den 18. um 2 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um 8 Uhr die Präsidien beider Kammern. Montag, den 22. treten die Sanitätskommissionen beider Kammern um 4 Uhr nachmittags zu einer Beratung zusammen.

England beginnt seine Kriegsschulden abzutragen.

London, 16. Oktober. (A. N.) Die britische Regierung hat heute a conio ihrer Schuld den Vereinigten Staaten fünfzig Millionen Dollars gezahlt. Die Nachricht hat in Amerika einen sehr günstigen Eindruck hervorgerufen.

Blutige Prügeleien in Berlin.

Folgen einer Versammlungsprengung durch Kommunisten.

Berlin, 16. Oktober. (Eigenbericht.) Gestern haben sich im Zirkus Busch blutige Zusammenstöße zwischen Nationalisten und Kommunisten ereignet, über die von der bürgerlichen Presse falsche oder übertriebene Mitteilungen verbreitet werden. Nach einwandfreien Schilderungen steht folgendes fest: Der „Deutschnationale Bund für Freiheit und Ordnung“, eine rechts gerichtete Organisation, der auch Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei angehören, hatte für gestern vormittags eine Versammlung in den Zirkus Busch einberufen. Die „Rote Fahne“ behauptete nun, daß es sich um eine Veranstaltung der „Tragödie“ handle und sie forderte ihre Anhänger zur Sprengung der Versammlung auf. Gegen den Widerstand einiger besonnenen Elemente faßte auch eine Funktionärversammlung einen solchen Beschluß. Es war voranzusehen, daß es bei der Gelegenheit zu einer ganz zweifellos blutigen Prügelei kommen würde und die sozialdemokratische Partei, die zur Teilnahme aufgefordert wurde, erklärte denn auch, daß sie mit diesem Streiche nichts zu tun haben wolle. Noch Samstag ließ der Berliner Polizeipräsident die kommunistische Parteileitung ersuchen, die Versammlungsprengung zu unterlassen. Diese Mahnung nützte nichts. Es schien so, als ob die kommunistische Parteileitung eine Neuauflage des Osterputzsches vom vorigen Jahre herbeiführen wolle. Der Aufforderung zur Versammlungsprengung hatten einige Tausend Personen Folge geleistet, unter ihnen viele junge Burschen und Arbeiter. Es waren anfangs nur wenige Polizeibeamte zur Stelle und bald kam es zu den wildsten Szenen. Die Versammlungsbesucher wurden

verprügelt. Als sie sich zur Wehr setzten, entwickelte sich eine förmliche Schlacht, bei der auf beiden Seiten mit Messern, Stöcken und Gummiknüppeln gearbeitet wurde. Den Polizeibeamten entriß man die Seitengewehre und mißhandelte sie damit. Schließlich rückte ein großes Polizeiaufgebot an, das die Versammlungsprengung in die Seitengassen abdrängte. Das Ergebnis dieser Aktion sind ein toter Arbeiter und mehrere schwerverletzte Polizisten. Eine große Anzahl von Personen erlitt leichtere Verletzungen. Daß die kommunistische Parteileitung mit voller Absicht diese ganz sinn- und zwecklosen Zusammenstöße herbeiführt hat, geht schon daraus hervor, daß sie einen eigenen Sanitätsdienst für die Versammlungsprengung eingerichtet hatte. Der Erfolg dieser kommunistischen Revolutions-Spielerei ist vorläufig der, daß für die zweifellos reaktionäre Aktion unnötige Bekanntheit gemacht worden ist, daß heute bereits 100 Personen verhaftet worden sind, gegen die jetzt wegen Landfriedensbruches vorgegangen werden soll und daß schließlich wegen der Putschgelüste einiger verbrecherischer Abenteurer neue Pervertierung in die Arbeiterschaft hineingebracht worden ist. Wenn sich die kommunistische Parteileitung jetzt damit ausbreiten will, daß sie nur eine nationalsozialistische Veranstaltung namöglich machen wollte, so muß daran erinnert werden, daß in der letzten Zeit planmäßig von ihr Sprengungen auch der sozialistischen Versammlungen durchgeführt wurden und daß es in diesen Fällen nur der Zurückhaltung unserer Parteiführer zu danken war, daß es nicht zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern gekommen ist.

Ausland.

Jur Vorgeschichte des griechisch-türkischen Krieges.

Der Kompromißverleugner Benizelos.

Herr Benizelos ist wieder der Mann des Tages und reist zwischen Paris und London zu Verhandlungen mit den führenden Staatsmännern herum. In Athen werden seine Anhänger nicht müde, jedem, der es hören und nicht hören will, zu versichern, daß sie schon seit fast zwei Jahren, nämlich seit der Rückkehr Konstantins nach Athen im Spätherbst 1920, immer wieder prophezeit haben, daß dadurch Griechenland sich isoliert habe; hätte es Herrn Benizelos behalten, so würde es Frankreich und Italien im Kampfe gegen die Kemalisten auf seiner Seite gehabt haben. Die gumnastische „Proteusa“ ist nun so vobast, aus den Geheimakten des Außenministeriums den Nachweis zu erbringen, daß diese Behauptung der Benizelisten falsch ist. Das Blatt gibt die Mitteilungen und Anweisungen wieder, die Benizelos von Europa aus im Sommer 1920, vor Abschluß des Vertrages von Sevres, an Herrn Republik, den damaligen Bizeinministerpräsidenten in Athen, geschickt hat. Einige der höchst interessanten, vor allem die damalige Stellung Englands und Frankreichs bezeichnenden Berichte von Benizelos seien hier angeführt. Am 15. Juni 1920 meldet er, daß Lloyd George ihm keinen Zweifel gelassen habe, daß Griechenland nicht auf Italiens Seite zur Durchführung des kurz vor dem Abschluß stehenden Vertrages von Sevres rechnen dürfe. In Frankreich werde die öffentliche Meinung von Truppen zur Erzwingung des Sevres-Vertrages bilden. Was England anbetreffe, so benachrichtigte Lloyd George Benizelos von den Widerständen im Kriegs- und Außenministerium und von der seit Distraels Zeiten eingewurzelt glühenden Meinung Englands für die Türkei. Lloyd George verweigerte Herrn Benizelos nicht, daß der englische Generalstab die türkische Widerstandsfähigkeit hoch einschätzte, und sagte ihm schließlich, ob Griechenland imstande sei, mit eigenen Kräften den Vertrag den Türken aufzuzwingen.

Der englische Kriegsminister wieder erklärte dem griechischen Ministerpräsidenten, daß Griechenland allein den eventuellen Widerstand der Türken werde brechen müssen, um die Bedingungen des Vertrages sowohl in Kleinasien wie in Thrazien durchzuführen. Der Kriegsminister fügte hinzu: „Erwarten Sie nichts von Frankreich und Italien.“ Benizelos gab hierauf die Erklärung ab, daß er allein ohne Unterstützung durch die drei Mächte den Vertrag von Sevres der Türkei aufzwingen werde. Dieser Hochmut ist uns so merkwürdiger, als zur gleichen Zeit Herr Paleologue vom französischen Außenministerium den damaligen benizelistischen Gesandten in Paris, Romanos, warnte, indem er ihm sagte, daß Frankreich die „Wirklichkeit“, das heißt die Kraft des türkischen Widerstandes in Betracht ziehen müsse. Zugleich warnte Herr Paleologue als geübter Minister Englands den benizelistischen Staatsmann vor Lloyd George: Griechenland werde gut tun, Lloyd George zu migtrauen, der seine Politik nach 14 Tagen ändern könnte.

Was den Enthüllungen der „Proteusa“ geht zweierlei hervor: erstens, daß Griechenlands Isolierung im Falle eines Kampfes gegen die Türkei schon zur Zeit der Rückfälle des Herrn Benizelos feststand; zweitens, daß Benizelos durch seinen unheilvollen Einfluß auf das griechische Volk es demnoch fertig gebracht hat, Griechenland in den Kampf mit der Türkei zu stürzen, aus dem es nun völlig geschlagen zurückgekehrt ist. Griechenland sollte sich hüten, sein Schicksal noch einmal den Händen des Mannes anzuvertrauen, der sein böser Geist genannt werden muß.

Telegramme.

Demissionsabsichten Lloyd Georges?

London, 15. Oktober. (Antiliches Radio.) In einer Rede, die Lloyd George Samstag in Manchester hielt, wiederholte er mehreremale, daß er sich nach dem Amte des ersten Ministers nicht sehnt hätte, und daß er froh wäre, von diesem Amte befreit zu werden. Diese Erklärungen des ersten Ministers werden in den Wätern in dem Sinne aufgefaßt, daß sich in der Innenpolitik wichtige Ereignisse vorbereiten. Man erwartet, daß es in Bälde zu allgemeinen Wahlen kommen werde, und bezüglich der Stellung, die Lloyd George in denselben einnehmen wird, werden die verschiedenartigsten Mutmaßungen ausgesprochen. Der Umstand, daß Lloyd George Nachdruck darauf gelegt hat, daß er seit Ausbruch des Krieges bereits zweimal den Posten habe niederlegen wollen, und seine wiederholten Erklärungen, daß er sehr gerne seine Freiheit wiedergewinnen möchte, werden als untrügliches Zeichen dafür betrachtet, daß er von seinem Amte zurücktreten will.

Einberufung sozialdemokratischer Massenversammlungen gegen den Genfer Vertrag.

Wien, 16. Oktober. (Eigenbericht.) Die Wiener Exekutive der sozialdemokratischen Partei beruft für Mittwoch und Donnerstag in die großen Säle der einzelnen Bezirke 20 Versammlungen mit der Tagesordnung: „Der Genfer Anheftungungsvertrag und die Republik.“ Damit ist der auf dem samstäglichen Parteitag beschlossene Kampf gegen die Genfer Konvention eingeleitet. Es ist selbstverständlich, daß alle Versammlungen massenhaft besucht sein werden.

Morgen kommt die Studienkommission des Völkerverbundes nach Wien, um mit der Regierung über die Ausarbeitung des Finanzprogrammes zu beraten.

Ein neues Faszistenabenteuer.

Belgrad, 14. Oktober. (Avla.) Formationen der Faszisten und Legionäre werden an der italienischen Grenze in der Umgebung von Zafal konzentriert, um die Durchführung des Vertrages von Rapallo zu verhindern. Die Nachricht hat in Belgrad große Erregung hervorgerufen und gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß.

Frankreichs Wiederanknüpfen mit Rußland.

Paris, 15. Oktober. (Havas.) „Le Journal“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Lyoner Bürgermeister Herrriot. Herrriot sprach sich über seine Reise nach Rußland auf das höchste befriedigt aus. Er glaubt, daß ein französisch-russisches Uebereinkommen leicht herbeizuführen werden könne, doch ist die Bedingung hierfür dessen sorgfältige Vorbereitung am Orte selbst. Die Sowjets wären geneigt, die zaristischen Schulden anzuerkennen, wenn ihnen ein langfristiges Moratorium und eine hauptsächlich zur Erneuerung der russischen Finanzen bestimmte große Anleihe gewährt würde. Obwohl die Sowjets zur Wiederherstellung des Eigentums in der früheren Form einen feindlichen Standpunkt einnehmen, würden sie sich eventuell zu dem unerläßlichen Opfer bereit erklären, um mit den französischen Industriellen verhandeln zu können. Die Deutschen hätten durch ihr gewalttätiges Verhalten einen großen Teil des Vordens, den sie bereits gewonnen hatten, verloren. Man

dürfte sich jedoch keinen Illusionen hingeben. Handel und Industrie mit Ausnahme der Textilindustrie liegen vollkommen darnieder und unter der Arbeiterhaft herrscht Undiszipliniertheit, Not und Missetzung. Lediglich die rote Armee welche derzeit 900.000 Mann zählt, macht noch einen guten Eindruck.

Polen, Frankreichs militärischer Basill.

Warschau, 15. Oktober. (P. A. T.) Der Chef des polnischen Generalstabes, General Sikorski, hielt in Paris mit dem französischen Generalstabchef eine Reihe von Konferenzen über die Zusammenarbeit des französischen und polnischen Generalstabes ab. Unter anderen wurde ein Einvernehmen bezüglich der Aufhebung der französischen Militärmission in Polen erzielt. Diese Mission soll sukzessive reduziert werden. In Polen werden nur die notwendigsten (1) französischen Offiziere verbleiben. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß sich polnische Offiziere zu militärischen Studien nach Frankreich begeben.

Verbandstag der Holzarbeiter.

Reichenberg, 15. Okt. (Eigenbericht.)

Bei unserer gestrigen Meldung sind uns infolge telefonischer Störung im Berichte einige Fehler unterlaufen, die wir im nachstehenden richtigstellen. So hat Gen. Macoun nicht einen Antrag über gewerkschaftliche Zeitfragen gestellt, sondern wird vor dem Verbandstag ein Referat über dieses Thema erstatten. Der Vertreter der Internationalen Holzarbeiterunion heißt richtig Gen. Boudenberg, weiters ist nicht Domes aus Wien hier, sondern als Vertreter des österreichischen Holzarbeiterverbandes der Gen. Mikulka Thomas. Gen. Klaua ist der Vertreter der nordböhmischen Kriegsgewerkschaftskommission. Der internationale Sekretär Gen. Boudenberg berichtete in seiner Begrüßungsansprache über die große Aktion, die der Internationale Gewerkschaftsbund in Ausföhrung gegen den Krieg einleitet, und er hofft, daß auch die Holzarbeiter der Tschechoslowakei sich dieser Aktion anschließen werden. In diesem Zusammenhang berichtete dann Gen. Macoun über unser Verhältnis zum Internationalen Gewerkschaftsbund und verwies darauf, daß nicht nur die Holzarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft, welche im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigt ist, sich der Aktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes anschließt mit der Parole: Nie wieder Krieg.

2. Verhandlungstag.

Der Verbandstag nahm die Tagung um dreiviertel neun Uhr wieder auf und erteilte zunächst dem mittlerweile erschienenen Vertreter der Prager Holzarbeiterunion,

Gen. Arnastky

zur Begrüßungsansprache das Wort. Derselbe leitete den resolutionsmäßigen Konstantismus der bolschewistischen Internationale ab und begrüßte den Verbandstag in dem Bewußtsein, daß die Union in Prag und der Holzarbeiterverband in Reichenberg die gemeinsame Pflicht haben, Hand in Hand zusammenzuarbeiten, um den gemeinschaftlichen Kampf für ein besseres Dasein der Arbeiterschaft zu führen. Er bedauerte die Spaltung der tschechischen Holzarbeiterorganisation. Es ist unsere Pflicht die Brücke zu bauen, um den Weg zur Rückkehr der früheren Mitglieder in unsere Reihen zu ebnen.

Der Verbandstag ging sodann zum zweiten Punkte der Tagesordnung über. Der Verbandskomann Gen. Tlapal erstattete den

Tätigkeitsbericht des Verbandsvorstandes.

Ergänzt wurde dieser Bericht durch den des Gen. Waxant, welcher für die Redaktion berichtigte. Hierauf beantragte der Gen. Tlapal namens der Kontrollkommission die Erteilung der Entlastung. Die vorgetragenen Berichte wurden ohne Debatte vom Verbandstag zur Kenntnis genommen und die beantragte Entlastung einstimmig erteilt.

Nach Erledigung dieses Punktes kam Genosse Bania zu Worte, welcher im Auftrage der Mandatprüfungskommission Bericht erstattete. Den Verbandstag beschieden 94 Ortsgruppen mit 8657 Mitgliedern mit 55 Delegierten. Dem Verbandstag lagen weiters zwei Schreiben des Organisationsreferärs Albrecht vor, über die die Tagung zu entscheiden hatte. Das Urteil war die Abweisung, und es ist somit der Moskauerhänger Albrecht für den Verband endgültig erledigt. Nach dieser Episode schritt der Verbandstag zur Erledigung des dritten Punktes der Tagesordnung:

Beitragsleistung und Unterstützungswesen.

Es liegen ein Antrag des Verbandsvorstandes und 15 Anträge der Gruppen vor. Gen. Eberhardt als Referent befaßte sich hiermit mit der Frage des Genert Systems. Er kam dann auf die einzelnen Anträge der Ortsgruppen zu sprechen. Der Antrag der Gruppe Strakonitz stellte die Forderung auf, daß die Beiträge der Angehörigen des Verbandes treffen. Der Verbandstag soll beschließen, daß bei Entlassungen von Angehörigen nur nach dem Handlungsgeldverhältnis vorgegangen wird. Weiters soll eine Kommission eingesetzt werden, welche eine Verminderung der Angehörigen in der Zentrale herbeiführt. Schließlich noch die letzte Forderung, daß die neugewählte Verbandsleitung sofort mit den übrigen Holzarbeitern

terverbänden in der Republik zwecks Herstellung eines Einheitsverbandes in Verhandlungen treten soll.

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages wurde die Debatte abgefaßt, an welcher sich 35 Redner teils für die volle, teils für eine mäßige Beitragserhöhung aussprachen. Der Referent konnte noch sein Schluswort erstatten. Die Antragsprüfungskommission hat die Fülle der Anregungen zu verwerten und einen Vorschlag zu erstatten, welcher alle Meinungen in sich vereinigt. Aus der Debatte ging bereits hervor, daß die Anträge des Verbandvorstandes zur Gänze nicht genehmigt werden. Der Verbandstag wird sich vielmehr auf einer Mittellinie finden. Welcher Geist die Delegierten befehle geht daraus hervor, daß trotz Wirtschaftskrise, Unternehmerrückgang und teilweise erfolglosem Lohnabbau eine ausgreifende Beitragserhöhung beschlossen wird. Kein einziger der 35 Debattenredner berührte den Antrag der kommunistischen Gruppe Krásová. Die Verhandlungen des zweiten Verhandlungstages wurden um 6 Uhr abends geschlossen und finden morgen um 8 Uhr früh ihre Fortsetzung.

Tages-Neuigkeiten.

Die Prager Antialkoholausstellung.

Die Antialkoholausstellung im kleinen Uraniasaal wurde Sonntag vormittags um 11 Uhr eröffnet. Sanitätsrat Dr. Klein begrüßte namens der Veranstalter (Zentralstelle der deutschen Enthaltensvereine, Deutsche Gesellschaft für sittliche Erziehung, Sonderauschau der Bezirkskommission für alkoholfreie Jugendberziehung) die Gäste. Sodann sprach Dozent Dr. Scheit über die Lehren der letzten Jahre über den Alkoholismus: Die Erkenntnis von der Schädlichkeit des Alkoholes für Geist und Körper veranlaßte viele Staaten (z. B. Rußland, Deutschland, die Vereinigten Staaten) zu entscheidenden Gegenmaßnahmen. In den Vereinigten Staaten wurden die günstigen Kriegserfahrungen auch für die Friedenszeit beibehalten und die Erzeugung, die Einfuhr und der Verkauf alkoholischer Getränke verboten. Deutschland hat im Jahre 1920 ungefähr 15 Milliarden Mark verbrannt, die Tschechoslowakische Republik annähernd drei bis vier Milliarden Kronen. Aufklärung über die Schäden des Alkoholgenusses und die Möglichkeit alkoholischen Lebens tut not; ihr soll die Ausstellung dienen. An diese Ausführungen schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung, die aus fünf Gruppen besteht. Die erste veranschaulicht die Verschwendung der Nährstoffe, welche in den zur Erzeugung der Rauschgetränke dienenden Rohstoffen enthalten sind, während diese Getränke selber sehr wenige oder gar keine Nährstoffe enthalten. Die zweite Gruppe zeigt in Tabellen die Einwirkung des Alkohols auf die inneren Organe, auf die Lebensdauer, die Tuberkulose, Sterblichkeit und die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Die dritte Gruppe zeigt die schädliche Wirkung des Alkohols auf die geistige Tätigkeit. In der vierten Gruppe wird gezeigt, wie Unfälle und Straftaten mit dem Alkoholgenusse zusammenhängen. Sehr interessant sind die Tabellen der fünften Gruppe. Eine entwirft den Einwand, daß die Abstinenz „den Staat um die Alkoholsteuer bringe“ und hiedurch schädige. Sie zeigt, welche riesige Summen in den alkoholischen Kriegsjahren bei der Unterbringung der Gefestkranken erspart wurden, deren Zahl bedeutend zusammenstolz. Die Ausstellung enthält auch eine reiche Sammlung von Flugschriften, Büchern und Plakaten alkoholgegnerischen Inhaltes. Mit dem Danke an die Gäste für ihr Erscheinen schloßen die Veranstalter der Ausstellung die Feier.

Ausstellung der staatlichen Fachschulen.

Sonntag wurde in den Räumen des Prager Kunstgewerbenuseums (Salutergasse) eine Ausstellung der staatlichen Fachschulen in der Tschechoslowakei eröffnet. In einer Einführung wird darauf hingewiesen, daß die Entwicklung der Fachschulen durch den langdauernden Krieg und die ungünstigen Nachkriegsverhältnisse arg gehemmt war. Um so erfreulicher ist es, daß diese Schulen in der kurzen Zeit vermocht haben, die schlimmsten Hemmnisse zu überwinden und die gesunden Kräfte, die überall latent vorhanden sind, wieder auszulösen und zur Entfaltung zu bringen. Wie in Böhmen selbstverständlich, sind Glas und Spigen am reichsten vertreten. Die ausgestellten Gläser aus den Fachschulen in Saida und Steinschönau sind durchwegs wahre Musterstücke in Entwurf und Ausführung. Sehr schöne Spigen stellt die Staatsschule für Hausindustrie in Prag aus sowie die bekannten Spigenfabriken des Erzgebirges. Das Bestreben, die alten, etwas einseitigen Röhlpfosten durch neuartige Muster zu beleben, ist warmstens zu begrüßen. Ebenso hat die Prager Staatsschule für Hausindustrie auch einige gute Modellschneidungen in modernem Stil beigetragen. In der Mode ist das Abweichen von alten Traditionen nicht zu empfehlen — das gilt vor allem von den Möbeln — namentlich dort nicht, wo es sich um Verbrauchgegenstände handelt, die sich im Laufe der Zeiten den Bedürfnissen genau angepaßt halten. Die Sucht, um jeden Preis Neuartiges zu schaffen, pflegt dann Objekte hervorzubringen, die sich mehr durch Objektivität als durch wirkliche Gebrauchsfähigkeit auszeichnen. Wir haben das etwa vor zwei Jahrzehnten u. zw. zur Zeit der Sezession erlebt, deren Ergebnisse, weil unzuverlässig, bereits vollständig verschwunden und überwunden sind. Die Moderne, die wieder auf alte, gute Muster zurückgreift, ist entschieden auf besserem Wege. Sehr gute Möbel stellen aus: die Fachschule in Königberg a. d. Eger (Leiter Prof. Schmidt), in allen

ihren Erzeugnissen einfach, praktisch und hübsch, in Chrudim (Architekt Duben) mit einem Damenstuhlschrank, in Bergreichenstein (Prof. Cerný), Speisezimmer mit guter Intarsia, und G. u. L. (Architekt Cech) mit einem Empfangsalon. Schöne Gewebe von M. Teiniger, gute Textilien aus den Fachschulen in Reichenberg, Nachod, Reichenau u. a., schöne Keramiken aus Bechn, gute Stidereien aus Chrudim und Skutsch. Das staatliche graphische Institut in Prag ist durch Photographien, Phototechniken, Graphiken und Buchenbände vortrefflich vertreten. Am meisten bietet die Ausstellung ein recht erfreuliches Bild von der Entwicklung der Fachschulen in der Tschechoslowakei.

Ein Töblicher. Die Darlegungen des Artikels „Pseudonym“ (in Nr. 233 des „Sozialdemokrat“) über die inneren Zusammenhänge zwischen jesuitischer und vatikanischer Politik haben bei der Redaktion der Warnsdorfer „Volkzeitung“ Anfälle von Töblichkeit ausgelöst, die in einer Notiz über „Sozialdemokratische Journalistik“ ihren Niederschlag fanden. Der Verfasser jener Notiz ist ein völlig ahnungsloser Engel: er hätte sich sonst seiner blinden Raserei über Dinge, die seinen Horizont offenbar weit übersteigen, nicht so hemmungslos hingeben können. Er findet einen Widerspruch darin, daß in unserem Artikel Welgeistliche zugleich als Mitglieder des Jesuitenordens charakterisiert wurden. Es blieb ihm also bisher tatsächlich verborgen, daß die Jesuiten eine ihrer vornehmsten Aufgaben gerade in ihrer Wirksamkeit als Welgeistliche erblicken. Die Tatsache, daß Benedikt XV. und Pius XI. vor der Übernahme des Pontifikats dem Jesuitenorden angehört, haben wir ja selbst als im ganzen unbekannt bezeichnet, wandern also gar nicht darüber, daß — neben den von ihr zitierten Schulländern — auch die Warnsdorfer „Volkzeitung“ davon nichts weiß. Von dieser ihrer Ignoranz aber so gewaltiges Aufheben zu machen, wie die „Volkzeitung“ es tut, ist zumindest unvorsichtig. Natürlich hat der Warnsdorfer Amokläufer auch nicht die geringste Ahnung davon, daß das Problem des Jesuitismus mit dem der päpstlichen Machtpolitik seit Jahren aufs engste verknüpft ist; daß Oesterreich dem Kardinal Rampolla die Befreiung seiner bereits so gut wie gesicherten Wahl zum Papst nicht nur außenpolitischer Ursachen wegen, sondern auch deshalb verweigerte, weil es — aus kirchenpolitischen Gründen — einen ehemaligen Jesuitengenerale nicht an der Spitze der römischen Kirche wissen wollte. Es ist durchaus richtig, die Wahl Benedikts XV. und Pius XI. als einen Erfolg der jesuitischen Richtung zu kennzeichnen. Das alles ist natürlich dem Analphabeten von der „Volkzeitung“ — um in seiner Sprache zu reden — ein „Tobuhwobuh“. Gleichwohl verfolgt er die selbstmörderische Taktik, durch unflätige Beschimpfe die allgemeine Aufmerksamkeit auf seine Unwissenheit zu lenken. Ist der Mann nicht bemitleidenswert? Uebrigens können wir, wenn es uns gerade einmal paßt, der Warnsdorfer „Volkzeitung“ und ihren Kerikalen Hintermännern mit noch ganz anderen Aufklärungen über die römische Hierarchie dienen. Sie betreffen zwar nicht die politische, wohl aber die Sexualsphäre. Die Welt würde dann mit Erstaunen (vielleicht aber auch ohne sonderliche Ueberraschung) erfahren, daß es nicht bloß eine schöne Geistesart böhmischer Seelenhirten ist, sich persönlich um Bevölkerungszuwachs zu bemühen, sondern daß auch die Spitzen der Hierarchie sich gelegentlich gern für die Population ins Zeug legen. Damit wäre dann der von der Warnsdorfer „Volkzeitung“ angezwungene Beweis für die Verweltlichung des römischen Kurfes auch in der rein biologischen Sphäre erbracht.

Karl Volava, der Redakteur der kommunistischen „Robnost“, ist Samstag aus dem Gefängnis in Bor bei Pilsen entlassen worden. Volava wurde nach dem sogenannten Dezemberputsch am 17. Dezember 1920 verhaftet und bis zum 7. März 1921 in Untersuchungshaft gehalten. an welchem Tage er nach einem Tendenzprozeß der schlimmsten Art zu zehn Jahren schwerer Kerker verurteilt wurde. Der bekannte Gnadenakt des Präsidenten hat im Frühjahr die Strafe auf 22 Monate herabgesetzt, sodas Volava nunmehr in Freiheit gesetzt wurde. Wahrscheinlich war es die Absicht des Präsidenten, die Anwesenheit vollständig zu legalisieren, aber diese Großmut paßte der Reaktion aus politischen Gründen nicht und so mußte Volava noch monatelang im Kerker sitzen.

Die Legionäre und die Spionageaffäre. Der Exekutivauschuß der tschechoslowakischen Legionärsgemeinde hat eine Kundgebung über die Spionageaffäre im tschechoslowakischen Heere veröffentlicht, in welcher vor allem Stellung dagegen genommen wird, daß sich Angehörige fremder Nationen an führenden Stellen im Ministerium für nationale Verteidigung und auch sonst im Heere befinden. Ferner verwahren sich die Legionäre dagegen, daß Faktoren, die im Nationalverteidigungsministerium sitzen, Antipathie gegen die Legionäre bekunden. Sie fordern schließlich eine Reinigung des Heeres von unverlässlichen und unfähigen Elementen. — Die verhängte Reinigungsarbeit der Legionäre, die dem Staate schon öfters angeboten wurde und die er bis jetzt abgelehnt hat, wird wohl den Prozeß in der Armee nicht aufhalten, an dem sicher nicht nur die Angehörigen „fremder“ Nation Schuld tragen.

Attentat auf einen ukrainischen Führer. Ein Vemberger Montagblatt meldet: Sonntag abends wurde in der Bahnstation Sapiecanka bei Vemberg, gerade als sich der Zug in Bewegung setzte, Professor Twerdochlib von drei unbekanntem Tätern überfallen, welche auf ihn drei Revolvergeschüsse abgaben. Twerdochlib wurde

töblich getroffen und ist sofort bewußtlos zusammengesunken. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und Professor Twerdochlib in das Vemberger Spital gebracht. Sein Zustand ist lebensgefährlich. Professor Twerdochlib ist Chefredakteur des ukrainischen Blattes „Ridun i Krai“ und repräsentiert gegenüber Polen die Kompromißrichtung. Das Blatt ist der Ansicht, daß Professor Twerdochlib ein Opfer der ukrainischen Terroristen geworden ist, die ihn wegen seiner Kompromißrichtung bekämpften.

Das Urteil im Fischenbachprozeß wird, wie die Blätter aus München melden, am Freitag nachmittags um fünf Uhr verurteilt werden.

Er mordung eines griechischen Sozialisten in Smyrna. Nach einer Meldung aus Athen wurde der griechische sozialistische Journalist Palologos in Smyrna von den Anarchisten erschlagen.

Jedem volljährigen Staatsbürger ein Grundstück. Aus Stockholm wird berichtet: Der finnische Reichstag hat ein Gesetz angenommen, dem zufolge jeder volljährige finnische Staatsbürger, der eine bestimmte Qualifikation besitzt, ein Ackerstück an Grundbesitz bekommt, welches ihm und seiner Familie die Existenz ermöglicht. Sollte der Staat selbst nicht genügend Realitäten haben, so wird er sich sie durch Enteignung verschaffen.

Zum Gesetze über die Sicherheitswachkorps ist am 14. d. M. die Durchführungsverordnung erschienen, welche die Organisationsbestimmungen bezüglich der uniformierten und nichtuniformierten Korps enthält, die u. a. den Vorgang bei der Aufnahme und Ernennung festsetzen. Zur Aufnahme eines Gajisten außerhalb der Rangklassen (Wachleute, Oberwachleute, Sprengelinspektoren) und erster Klasse) wird verlangt: 1. die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft; 2. ein Alter von mindestens 22 höchstens 35 Jahren; 3. Unbescholtenheit; 4. körperliche und geistige Gesundheit und Dienstfähigkeit; 5. vollständige Kenntnis der offiziellen Staatssprache, eventuell die Kenntnis anderer zum Dienstvollzuge nötigen Sprachen. Die Dienstverordnungen bestimmen die weiteren in einzelnen Abteilungen erforderlichen Bedingungen. Die Bedingung ab 2 (Alter) kann in einzelnen Fällen der Präsident der politischen Behörde zweiter Instanz des Sprengels nachsehen. Denjenigen, die bei der Gendarmerie oder sonst die erforderlichen Dienstkenntnisse erworben haben, ist der Vorzug zu geben. — Zum definitiven Wachmann kann der Aufgenommene erst nach einer Probezeit, die bei den uniformierten ein Jahr, bei den nichtuniformierten ein halbes Jahr tadellose Dienstleistung beträgt und nach Ablegung der Befähigungsprüfung und einer neuerlichen Prüfung der körperlichen und geistigen Tauglichkeit bestellt werden. — Die Entlassung während der Probezeit kann jederzeit ohne Anspruch auf Abfindung oder Bezüge erfolgen. Eine weitere Prüfung und befriedigender Dienstvollzug ist anlässlich der Ernennung zum Oberwachmann oder Polizeigajisten erster Klasse erforderlich. Die Rechte der Gajisten außerhalb der Rangklassen richten sich nach der Dienstpragmatik. Weiter enthält die Verordnung die Anerkennungs- und Disziplinarbestimmungen. — Die Mitglieder des Korps sind auch außerhalb der Dienststunden für den Bedarfsfall zur Vereinskasse verpflichtet. Die Wachzulage, die in den Ruhebezug einrechenbar ist, beträgt bei der uniformierten Sicherheitswache jährlich 1800 Kronen, bei der nichtuniformierten — 1440 Kronen. Ungerechtfertigter Waffengebrauch wird nicht nur strafrechtlich, sondern auch disziplinar geahndet.

Der Fasziisten-Terror. Für einen am 25. Oktober in Neapel stattfindenden Aufmarsch der Fasziisten, an dem 35.000 Bewaffnete in voller Ausrüstung teilnehmen sollen, werden umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Teilnehmer werden nach Neapel in Sonderzügen befördert, die von fasziistischen Lokomotivführern gefahren werden. Ihr Führer Mussolini wird bei dieser Gelegenheit 40 neugebildeten Formationen Fahnen überreichen. Nach der Parade wollen die Fasziisten nach Rom ziehen, um dort bei der Eröffnung des Parlamentes anwesend zu sein, dessen Auslösung sie gefordert haben. Wie weiter aus Rom gemeldet wird, haben in diesen Tagen 100 mit Stahlhelmen ausgerüstete Fasziisten das Wohnquartier der Stadt verlassen. Das Wohnquartier, das mit außerordentlichen Vollmachten ausgerüstet ist und sogar über gerichtliche Urteile hinweggehen darf, hat sich den besonderen Jörn der Verbände ehemaliger Soldaten zugesogen, die dem Leiter Uebergriffe vorwerfen und ihn vor allem beschuldigen, daß er bei der Stellenbefetzung zum Nachteil der Kriegsteilnehmer das weibliche Geschlecht bevorzuge. Die Fasziisten haben sich dem Bündes bemächtigt und erklären, nicht weichen wollen, bis nicht die Frauen ausnahmslos lassen und ihre Stellen durch Kriegsteilnehmer besetzt worden sind.

Das Chaos in Thrazien. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ in Adrianopel meldet, daß die Griechen Sonntag abends ihre Artillerie nach Saragach geschickt und versichert hätten, sie bereiten die Befreiung Adrianopels vor, da die Türken Christen niedermehelten. Infolge dieser Drohung werde man sich bemühen, die Ankunft der französischen Kavallerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu beschleunigen. Eine Umfrage in den Brandorten habe ergeben, daß die Ortschaften von den Griechen in Brand gesetzt worden seien. Nach diesem Berichterstatter wird die Zahl der Thrazien verlassenden Flüchtlinge auf 200.000 geschätzt, abgesehen von den 50.000 griechischen Soldaten, die ohne alle Disziplin seien.

Wasser- und Straßenbauten in der Republik. Von den Investitions-Wasserbauten, welche durch das

Ministerium für öffentliche Arbeiten angeklagt wurden, werden durchgeführt werden: Der Bau einer Landstraße entlang der Moldau zwischen Königlat und Siskovic, deren Aufgabe es sein wird, die Straßenkommunikation zwischen den beiden genannten Orten unter allen Umständen und Verhältnissen zu sichern. In zuständigen Kreisen rechnet man auch mit großer Wahrscheinlichkeit damit, daß im nächsten Jahre das große Wasserwerk bei Kran, bei der Bau eines beweglichen Wehres in Verbindung mit einer Schiffahrtsanlage und einem Elektrizitätswerke, in Angriff genommen werden wird. Gleichzeitig wird auch in den Arbeiten am Melniker Dajen fortgesetzt werden. Man hat bereits mit dem Bau jener Objekte begonnen, welche in Stand gesetzt werden müssen, bevor man an die Vertiefung des Hajenbassins schreiten kann. Das dürfte nach Schätzung der Fachleute im nächsten Jahre, gleich nach Ablauf der Frühjahrswässer, geschehen.

Seinen Vater erschossen. Aus Wardsdorf wird uns telephoniert: In Lichtenhain bei Wardsdorf hantierte am Sonntag nachmittags der 21 Jahre alte Josef Brande so unvorsichtig mit einem Revolver, daß sich dieser entlud. Von dem Geschoss wurde der Vater des Burschen so unglücklich getroffen, daß er kurz darauf verschied.

Gerichtssaal.

500.000 Kronen Provision.

(Prager Landesgericht.)

Die Firma Brausch und Balanczovich in Teplic hatte im Vorjahre durch einen Vermittler erfahren, daß das Nationalverteidigungsministerium Wäschebestellungen vererbe. Sie machte daher Offerte und erhielt auch tatsächlich den Auftrag, Muster für Wäschebestellungen einzuführen. Die Sache ging aber nicht richtig vorwärts und die Firma bemühte sich daher, durch Interventionen etwas zu erreichen. Die ganze Angelegenheit war aber in unrichtige Hände geraten. Der Vertreter der Firma fand das Geschäft in den Händen der ehemaligen Adligen Maner und Schönborn, die ihn nach längerem Zaudern an den Vorstand der Bekleidungsabteilung im Nationalverteidigungsministerium, einen Bohumil Stransky, verwiesen. Stransky versprach, sein Möglichstes zu tun und ließ — so behauptet die Firma — etwas von einer angemessenen Provisionsforderung durchblicken. Und zwar soll er 500.000 Kronen verlangt haben, damit er auch den Ingenieur Safranek und den Oberstleutnant Rombouzel beteiligen könne. Die Angelegenheit zog sich jedoch in die Länge, ein lebhafter Briefwechsel fand statt, die Firma erkundigte sich schließlich bei anderen Abteilungen, ob das Vorgehen Stransky nicht eine Erpressung sei und ließ schließlich den Stransky und seine Frau verhaften. Sie schrieb nämlich dem Stransky, daß sie für ihn 25.000 K bereit halte; er möge sie mit dem Oberstleutnant Rombouzel abholen kommen. Stransky kam hierauf mit der Frau des Rombouzel, die sich bei der Verhaftung jedoch als Frau des — Stransky entpuppte. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß Oberstleutnant Rombouzel mit der ganzen Angelegenheit nie etwas zu tun gehabt hat. Die Sache kam also vor den Richter. Stransky erklärte jedoch, unschuldig zu sein, da ihm die Firma das Geld angeboten habe und er nichts von dem Abschluß der Befreiung verlangt hätte. Interessant waren bei der gestrigen Verhandlung die Aussagen des Zeugen Balanczovich, der wörtlich erklärte: „Ich muß zu meiner Schande gestehen, daß ich geglaubt habe, daß wirklich Bedarf ist und daß sich der Herr bestechen läßt.“ Und wenn der Zeuge kurz darauf erklärte: „Ich muß jedes Wort verantworten können!“, so mutet einem die erste Aussage etwas eigenartig an. Die Verhandlung mußte schließlich wegen Vorladung neuer Zeugen vertagt werden.

Der Diebstahl am Weihnachtsabend.

(Prager Landesgericht.)

Die bereits vorbestrafte Franziska Blaha, ein 19jähriges Dienstmädchen, hatte sich gestern wegen eines Diebstahles von 5000 K zu verantworten. Sie hat nämlich am 24. Dezember bei der Tochter des Landwirtes Wenzel Stastny in Dubek 5000 K entwendet. Am 26. Dezember ging sie im selben Dorfe zu einer Tanzunterhaltung, wo sie 100 K Eintrittsgeld zahlte und auch den Musikanten 100 K für einen Solotanz hindarf. Natürlich sah man sie gleich ab und steckte sie ins Gefängnis. Sie feignete auch garnicht ihre Tat und nahm es mit einer gewissen Ruhe auf, als ihr das Urteil — sieben Monate Gefängnis — vorgelesen wurde. „Wenigstens bin ich für den Winter versorgt“, meinte sie dann mit einer bewundernswürdigen Gelassenheit.

Zwei schwere Brüder.

(Prager Landesgericht.)

Wenzel Blasal aus Mielitz und Josef Rajmund, gleichfalls aus dieser Gegend, streiften am 20. Dezember durch Ruße und suchten ein „Geschäft“, denn Weihnachten stand vor der Tür, das Geld vom „Unternehmen“ war bereits aufgebraucht und — drum mußte etwas geschehen. Da erinnerte sich Rajmund, daß ihm seine Frau erzählt habe, die Frau Stapanek habe Geld in Hülle und Fülle zu Hause. Die Weiden nähern sich also dem Hause, in dem die Geschäftsfrau Stepanek wohnte, die Wohnung war leer, der Einbruch gelang. 26.000 K in barem und Schmuckstücken im Werte von 8500 K fielen den Einbrechern in die Hände. Blasal wurde jedoch bald ausgeforscht und verhaftet. Man fand bei ihm noch 11.000 K in einem Papierbeutel und 2000 K unter dem Hemd. Sein Geschick starb, bevor es zur Verhandlung kam. Der Senat, vor dem sich Blasal gestern zu verantworten hatte, machte mit dem schweren Bruder nicht viel Geschichten, da alle Beweise erbracht waren, und steckte ihn auf drei Jahre in sichere Gewahrsam.

zwei Pence die Stunde für die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten und die Arbeiter, welche die Geleise insand halten. Es sind dies 452.000.

Devskenturse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Berlin, Schw. Frankfurt, and Wien.

Prager Kurse.

Table with market prices for various goods like flour, oil, and sugar.

Bürlicher Schluszkurse (Devisen).

Table with exchange rates for various cities like Berlin, Wien, Prag, etc.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Wornsdorf. Sonntag, den 22. Oktober um 9 Uhr vormittags Bezirkskonferenz im Vereinshaus in Wornsdorf.

Kunst und Wissen.

Die Hugenotten, große Oper in 5 Akten von Giacomo Meyerbeer. (Neuinszeniert im Neuen deutschen Theater, 14. Oktober 1922.)

rischen Leben und lebendigster dramatischer Kraft erfülltes Opernwerk, das noch heute nach fast hundertjährigem Bestehen (1830) zu den erfolgreichsten Repertoireoperen gehört.

Das Prager deutsche Vereinstheater hat am Sonntag seine 43. Spielsaison eröffnet. Man weiß, wie schwer es für ein Theater ist, das keinerlei staatliche oder städtische Zuschüsse erhält.

Das erste philharmonische Konzert im Deutschen Theater. Das das Deutsche Theater in dieser Zeit

troh der stets wachsenden Schwierigkeiten wieder die philharmonischen Konzerte aufnimmt, ist eine sehr erfreuliche Tatsache, die sich hoffentlich in jeder Beziehung begünstigen wird.

Erste Urania-Kinovorstellung. (Mit deutschem Text.) Heute halb 6 Uhr. Die „Alma“ (Gerbergasse): „Danton“ (nur für Erwachsene), vorher „Die Tabakfabrik auf Ruba“.

Zweite Urania-Kinovorstellung. Samstag, den 21. Oktober, halb 8 Uhr nachmittags, Neues Deutsches Theater: „Rabale und Liebe“ mit Leopold Kramer.

Neues Theater. Heute, den 17.: „Hugenotten“; Mittwoch, den 18.: „Offenbach“; Donnerstag, den 19.: „Gabriel Schillings Flucht“.

kleine Bühne. Heute, den 17.: „Wertvoll“; Mittwoch, den 18.: „Haben Sie nichts zu verzollen?“; Samstag, den 21.: „Bauwan“; Sonntag, den 22.: nachmittags „Vatermord“, abend „Bauwan“.

Turnen und Sport.

Ein neuer Tauchflugweltrekord. Die Flieger Bouffoutot und Brouhin, welche sich auf einem Zweifelder in Le Bourget 34 Stunden, 14 Minuten, und 7 Sekunden in der Luft hielten, haben den offiziellen Weltrekord von 28 Stunden, 19 Minuten und 30 Sekunden geschlagen.

Fußball. Prag. Slavia gegen UFA. Brno. Slavia gegen UFA. Brno. Slavia gegen UFA. Brno. Slavia gegen UFA. Brno. Slavia gegen UFA.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Advertisement for W. STANEK TEE PRAG, 12 Fotografien um 12 Kč, Foto-Studio, PRAG II., Václavské nám. 113.

Large advertisement for Bruna shoe store, featuring the text 'Nervliche bedeutende Preisreduktion unserer bestbekanntesten „Bruna“ Schuhhandels-Ges. m. b. H. Prag, Wenzelsplatz 25.' and 'ab 17. d. M. in allen Filialen!'.

Advertisement for Reine Ansatzhele Hatscheiner, Zucker-, Spiritus- und Presshefe-Fabrik der Brüder A. & H. May.

Advertisement for WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKÁ UL. 7, featuring various goods and low prices.

Advertisement for Sozialistische Theater-Stücke und Vortragsbücher, featuring various plays and books.

Advertisement for a. Bauer & Co. featuring a woman in a hat and coat, and text about clothing and shoes.

Advertisement for Ausschreibung, featuring text about public procurement and the Verwaltungsausschuss des Allgemeinen österr. Krankenhauses.

Advertisement for Lato die beste Milch-Schokolade, featuring the brand name and manufacturer G. E. C.